

**Antrag 68/I/2021****KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme 67/I/2021 (Konsens)****10 Jahre Anschlag von Utøya – Europäischen Rechtsextremismus aufklären!**

1 Am 22. Juli 2011 fielen 77 Menschen einem rechtsterro-  
2 ristischen Anschlag in der norwegischen Hauptstadt Oslo  
3 zum Opfer. Der Täter zündete zuerst eine Autobombe in  
4 Oslos Regierungsviertel und schoss später 69 Menschen  
5 auf der Insel Utøya nordöstlich von Oslo auf brutale Wei-  
6 se nieder. Seit 1950 befindet sich Utøya in Besitz der Ar-  
7 beidernes Ungomsfylking, kurz AUF, welches zu diesem  
8 Zeitpunkt eines ihrer jährlichen Jugendcamps veranstal-  
9 tete. Sowohl die AUF als auch ihre Mutterpartei, die Ar-  
10 beiderpartiet, sind Mitglieder der Sozialistischen Interna-  
11 tionalen und der Progressiven Allianz und somit Schwes-  
12 tern der Jusos und SPD. Das Massaker war ein gezieltes  
13 Attentat auf den linken Nachwuchs Norwegens, welcher  
14 nicht den nationalistischen und rassistischen Vorstellun-  
15 gen des Täters entspricht. Seine Handlungen zeigen das  
16 unglaubliche Gewaltpotential rechter Terroristen. Er reiht  
17 sich damit in eine lange Liste nationalistisch motivierter  
18 Anschläge ein. Der Angriff auf eine Synagoge in Halle in  
19 2019 oder das Hanau-Attentat im Februar 2020 sind dabei  
20 die letzten großen Anschläge in Deutschland. Oft findet  
21 man einschlägige Verbindungen der Täter in große rechts-  
22 extreme Vernetzungen in ganz Europa. So hatte auch der  
23 Oslo-Attentäter Briefkontakt mit der einzigen Angeklag-  
24 ten des Nationalsozialistischen Untergrunds in Deutsch-  
25 land. Zwar ist Norwegen kein volles Mitglied der Europäi-  
26 schen Union, solche Arten von Verbindungen und Solida-  
27 ritätsbekundungen sind jedoch auch innerhalb der EU zu  
28 finden. Die Aufdeckung dieser Vernetzungen wird durch  
29 komplexe Strukturen und der starken Digitalen Vernet-  
30 zung jedoch immer schwerer. Langwierige Investigativre-  
31 cherchen von Journalisten\*innen sind dabei zwar wichtig,  
32 aber nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

33  
34 Mit der Ratspräsidentschaft 2020 hatten Deutschland und  
35 Außenminister Heiko Maas (SPD) als Positionsinhaber an-  
36 gekündigt einen Fokus auf Rechtsextremismus zu legen.  
37 Einer Anfrage im Bundestag zufolge sei dies jedoch schon  
38 an einer einheitlichen Definition des Begriffs „Rechtsex-  
39 tremismus“ zwischen den europäischen Ländern geschei-  
40 tert. Im Zuge der Ratspräsidentschaft wurde versäumt für  
41 Aufklärung zu sorgen. Das ist peinlich und traurig!

42

43 Deshalb fordern wir:

- 44 • die Einrichtung eines Sonderausschusses „Rechts-  
45 extremismus“ im Europäischen Parlament. Hier soll  
46 die europäische Vernetzung der rechtsextremen  
47 Szene untersucht werden. Dabei darf der Fokus auch

48 auf staatliche Organisationen und Geheimdiens-  
49 te innerhalb der Mitgliedsstaaten nicht vergessen  
50 werden.  
51